

V-98 Humanität und Ordnung: Auf uns GRÜNE kommt es an

Antragsteller*in: Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Partei des Rechtsstaats und der Menschenrechte.
2 Unser Menschenrechtsverständnis ist universell. Egal welcher Herkunft, welchen
3 Geschlechts, welcher sexuellen Orientierung, welcher Religion, welchen Handicaps
4 – alle Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Würde und Respekt und auf
5 gleiche Chancen. Dieses humanistische, menschenrechtliche Leitbild ist durch
6 viele Ideologien weltweit bedroht. Nationaler oder religiöser Chauvinismus,
7 Rassismus und Islamismus sind die Feinde der Menschenrechte, die größte Gefahr
8 für unsere vielfältige, freiheitliche Gesellschaft und unsere Sicherheit.

9 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind in der Geschichte der Bundesrepublik die Partei, die
10 früher als alle anderen Parteien die Realität des Einwanderungslands Deutschland
11 anerkannt und daraus politische Forderungen abgeleitet hat. Wir wissen, dass die
12 gute Integration Geflüchteter Voraussetzungen hat, dass sie den Geflüchteten
13 viel abverlangt, genauso wie der aufnehmenden Gesellschaft. Wir tragen in vielen
14 Großstädten, in den Landkreisen und Gemeinden und Bundesländern Verantwortung
15 für die Integration vor Ort. Unsere Mitglieder sind in einem hohen Maß
16 ehrenamtlich in der Unterstützung für Geflüchtete engagiert. Wir haben
17 Politikerinnen und Politiker in unseren Reihen.

18 Andere sehen jetzt die Aufnahme Geflüchteter durch die Große Koalition in den
19 Jahren 2015/2016 als großen Fehler an, den man nicht wiederholen dürfe. Wir
20 GRÜNE haben schon in den Jahren vor 2015 laut auf die unzureichende
21 Unterstützung der Geflüchteten im Nahen Osten und aus Afghanistan in den
22 überforderten Aufnahmeländern der Region durch die internationale Gemeinschaft
23 und Deutschland hingewiesen. Es sind Fehler passiert. Aber nicht erst, als die
24 Menschen am Budapester Bahnhof gestrandet sind, sondern deutlich früher.

25 Wenn wir auf die Fluchtbewegungen der Geschichte blicken, gehen diese in der
26 Regel mit Konflikten auch in den Aufnahmegesellschaften einher. Große Teile der
27 internationalen Gemeinschaft haben zwar mit der Genfer Flüchtlingskonvention
28 rechtliche Konsequenzen aus den Fluchtbewegungen der nationalsozialistischen
29 Diktatur in Deutschland und des von Deutschland ausgehenden II. Weltkriegs
30 gezogen. Aber selbst die Aufnahme der 12 bis 14 Millionen Geflüchteten deutscher
31 Sprache, der Vertriebenen, in Österreich und den vom Krieg zerstörten beiden
32 deutschen Staaten war von Feindseligkeit und Überforderung begleitet. Rechtliche
33 Regeln allein reichen für eine gelingende Fluchtpolitik nicht aus. Wir brauchen
34 eine klare Absage an Rassismus und Intoleranz, wir brauchen aber auch Lösungen
35 für die entstehenden Probleme. Nur dann schaffen wir eine breite
36 gesellschaftliche Akzeptanz – das wesentliche Gegenmittel gegen eine strikte
37 Abschottungspolitik.

38 Fluchtbewegungen werden uns weiter begleiten. Angesichts der zahlreichen
39 gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Nähe Europas und dem Verlust der
40 Lebensgrundlagen aufgrund des Klimawandels wird die Bewahrung unserer liberalen,
41 rechtsstaatlichen und toleranten europäischen Gesellschaftsordnungen, unserer

42 Sicherheit und des Zusammenhalts der Europäischen Union wesentlich davon
43 abhängen, ob wir auf die Herausforderungen durch Flucht die richtigen Antworten
44 finden.

45 Wir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Deutschland und die Grüne Bewegung in Europa,
46 werden dabei als starke Stimme für Rechtsstaatlichkeit, Integration und
47 Menschenrechte gebraucht. Wir selbst haben es in der Hand, ob wir das Vertrauen
48 der Bürgerinnen und Bürger gewinnen für eine Politik, die Zuflucht und
49 Integration sichert und die Schwierigkeiten der Aufnahme von Geflüchteten
50 bewältigt.

51 Das Gespräch über die Realität der Integration Geflüchteter und über die
52 Aufnahmekapazitäten in Deutschland und in der EU ist schwierig geworden. Die
53 Verschärfung des Tons und die Zunahme rassistischer Aussagen über rechtsextreme
54 Parteien hinaus verengt im gesamten politischen Spektrum den Diskurs. Es droht,
55 dass das eine politische Lager nur noch über Probleme von Fluchtmigration
56 spricht und dabei sogar Migration generell nur noch negativ beschreibt, während
57 das andere Lager in Reaktion darauf die Probleme und Herausforderungen nicht
58 mehr adressiert, aus Furcht vor Verallgemeinerungen und einer Zunahme des
59 Hasses.

60 In diese Falle dürfen wir nicht tappen. Die Differenzierung, deren Fehlen wir
61 bei anderen oft zurecht kritisieren, müssen wir auch selbst leisten. Denn dann
62 werden wir als glaubwürdige Stimme wahrgenommen, gerade von denen, die sich eine
63 rationale Debatte und pragmatische Lösungen wünschen. Und so eine Stimme wird
64 gebraucht! Dazu gehört auch die Unterscheidung zwischen fremdenfeindlich
65 motivierten Einwänden gegen Geflüchtete und dem berechtigten Hinweis auf eine
66 tatsächliche Überforderung bei der Aufnahme und Integration. Wenn uns das trotz
67 der aufgeheizten Debatte gelingt, dann gewinnen wir die Menschen, die genau das
68 Gegenteil von Fremdenfeindlichkeit wollen, nämlich eine funktionierende
69 Integration und eine gute Perspektive für Geflüchtete in Deutschland.
70 Schließlich: Auch wir sind nicht gefeit vor Fehleinschätzungen und sollten uns
71 zugestehen, dass wir einerseits unsere Prinzipien wahren und andererseits bereit
72 sind, über neue Lösungsansätze offen zu diskutieren.

73 Reduzierung ungesteuerter Zuwanderung

74 Die Integrationsfähigkeit eines Landes ist keine starre Größe, sie ist aber auch
75 nicht beliebig und vor allem nicht kurzfristig zu vergrößern. Es ist BÜNDNIS
76 90/DIE GRÜNEN zu verdanken, dass der lange Widerstand gegen eine verlässliche
77 Co-Finanzierung der Integrationskosten in den Kommunen in der Bundesregierung
78 überwunden und 2023 ein verlässlicher Beitrag des Bundes vereinbart wurde. In
79 den Bundesländern achten wir darauf, dass diese Mittel auch vollständig und
80 zügig in den Kommunen ankommen.

81 Aber Geld ersetzt kurzfristig keine fehlenden Fachkräfte für die Integration,
82 ehrenamtlich Engagierte oder Bauplätze für Kindergärten oder Wohnungen. Extreme
83 Spitzen bei den Asylgesuchen wie in den Jahren 2015/16 und 2022/23 und ein
84 weiterhin hohes Grundniveau – neben dem Erfordernis, kurzfristig eine hohe Zahl
85 von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine aufzunehmen – führen dazu, dass
86 Integration verzögert und erschwert wird: Die Geflüchteten bleiben länger in
87 provisorischen Unterkünften, sie warten länger auf Integrations- und Sprachkurse

88 oder berufliche Qualifikation, die Klärung eines Bleiberechts verzögert sich
89 wegen Überlastung der Behörden, ebenso die Anerkennung von Abschlüssen. Auch die
90 Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes kann solche Spitzen nicht gut abfangen. Aus
91 solchen Verzögerungen entstehen Hürden, die sich oft auch noch viele Jahre
92 später nachteilig auswirken.

93 Es stimmt, dass der Mangel an bezahlbaren Wohnungen, Lücken in der
94 gesundheitlichen Versorgung oder die Überforderung der Bildungs- und
95 Betreuungseinrichtungen ein schon länger und unabhängig von der
96 Fluchtzuwanderung bestehendes Problem in Deutschland sind. Aber diese Analyse
97 enthebt uns nicht von der berechtigten Erwartung der Bevölkerung und derjenigen,
98 die die Integrationsarbeit vor Ort in den Kommunen leisten, dass Lösungen dafür
99 gefunden werden und dass die Lage nicht noch weiter verschärft wird.

100 Deutschland kann und wird seiner Verantwortung für den Schutz vor Verfolgung
101 weiter nachkommen. Über die Fluchtmigration hinaus wird unser Land seine
102 grundlegende Integrationsfähigkeit, etwa im Bildungssystem, dauerhaft verbessern
103 müssen. Dennoch brauchen wir jetzt eine Stabilisierung der Zahl der hier zu
104 versorgenden Geflüchteten auf einem für die Integration leistbaren Niveau.
105 Belegte Turnhallen sind weder für die Gesellschaft noch für die Geflüchteten
106 eine wünschenswerte Situation.

107 Die Erhöhung des Drucks auf Geflüchtete, die bereits hier in Deutschland leben,
108 wie sie die Union fordert, ist dafür nicht das richtige Mittel. Die zwangsweise
109 Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, das Fernhalten vom Arbeitsmarkt oder
110 die weitere Verringerung staatlicher Unterstützung unter das Existenzminimum
111 erhöht die Integrationshindernisse und das Risiko von Konflikten und Gewalt. Die
112 erhoffte Abschreckungswirkung ist widerlegt.

113 Wir sind vielmehr davon überzeugt, dass es richtig war, dass die Bundesregierung
114 den Zugang Geflüchteter zu Arbeit beschleunigt hat, und fordern hier weitere
115 Erleichterungen, Unterstützung und Anreize. Dies kann auch die Verpflichtung zu
116 gemeinnütziger Arbeit als ersten Schritt in die Arbeitsmarktintegration
117 umfassen, sofern die Kommunen dies mit vertretbarem Aufwand leisten können und
118 wollen.

119 **Rückkehr zu einer Gemeinsamen Fluchtpolitik der** 120 **EU unterstützen**

121 Die EU ist unter Druck von autoritären Regimen, die aktiv den Zerfall dieses
122 historisch einmaligen Staatenverbunds vorantreiben, von Rechtsextremisten und
123 Populisten in Europa, die sich willfährig für die Erfüllung dieser Aufgabe
124 hergeben, aber auch durch die unterschiedliche Betroffenheit, die
125 unterschiedlichen Erfahrungen und die unterschiedliche Interessenlage der
126 Mitgliedstaaten im Hinblick auf Zuwanderung allgemein und Fluchtzuwanderung im
127 Besonderen. Geflüchtete sind teilweise zum Mittel geworden, um die EU
128 anzugreifen und auseinanderzutreiben. Belarus und Russland haben auch dieses
129 Mittel bereits angewendet.

130 Die Europäische Union ist eine Rechtsgemeinschaft ohne eigenen Vollzugsmacht. In
131 der Flüchtlingsfrage zeigt sich verstärkt, dass geltendes Recht in der Praxis
132 immer weniger eingehalten wird. Illegale Push-Backs an den Außengrenzen sind

133 tägliche Praxis, das Dublin-System funktioniert schon lange nicht mehr, die
134 geduldete oder geförderte Durchreise Geflüchteter aus den Erstankunftsländern
135 findet weiter statt, weil ein geordneter Verteilmechanismus nicht durchsetzbar
136 ist. Eine Rechtsgemeinschaft, in der Recht in der Realität nicht mehr
137 eingehalten wird, wird aber auf Dauer zerfallen.

138 Klar ist für uns: Ein Scheitern der EU wird die Lösung vieler globaler Probleme
139 unmöglich machen und die Situation für Geflüchtete definitiv nicht verbessern.
140 Zur aktuellen europäischen Realität gehört allerdings eine rechtspopulistische
141 Regierung wie die ungarische, die jede Zuwanderung strikt ablehnt. Dazu gehört
142 auch europafreundliche, liberale Regierung wie die Polens, die bei der Aufnahme
143 ukrainischer Kriegsflüchtlinge Enormes leistet, aber die Aufnahme Geflüchteter
144 aus anderen Weltregionen ablehnt. Damit müssen wir umgehen, ob es uns gefällt
145 oder nicht.

146 Die Rückkehr zu einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik ist daher
147 unerlässlich. Wir unterstützen daher ausdrücklich den Beitrag der deutschen
148 Regierung und insbesondere unserer Außenministerin Annalena Baerbock zum
149 Gemeinsamen Europäischen Asylsystem.

150 Innereuropäische Grenzkontrollen sind dann zu rechtfertigen, wenn sie durch eine
151 akute Sicherheitsgefährdung angezeigt sind. Dauerhafte innereuropäische
152 Grenzkontrollen gefährden den Zusammenhalt der EU und lösen das Problem nicht,
153 sondern verschieben es allenfalls. Die grundlegende Lösung liegt nicht an den
154 deutschen Grenzen, sondern in der Kontrolle der europäischen Außengrenzen unter
155 Einhaltung des Flüchtlingsrechts und in einer verlässlichen Zusammenarbeit mit
156 den Herkunfts- oder Transitregionen.

157 **Internationale und europäische Fluchtpolitik**

158 Weltweit nimmt die Zahl der Geflüchteten stark zu. Gleichzeitig sind
159 Schleusungen in die EU und nach Deutschland ein Milliardengeschäft geworden, für
160 das in erster Linie die Menschen, die sich auf diesen gefährlichen Weg machen,
161 einen hohen Preis bezahlen, oft den Preis ihres Lebens, während Schutzbedürftige
162 ohne finanzielle Mittel nur eine geringe Chance auf Aufnahme in die EU haben.
163 Alle Argumente sprechen dafür, die geordnete Umsiedlung Geflüchteter direkt aus
164 Herkunfts- oder Nachbarländern auszubauen, und die ungeordnete Zuwanderung über
165 die gefährlichen Fluchtrouten zu verringern. Dies kann gelingen durch die
166 Auslagerung der Prüfung von Asylgesuchen an die Außengrenzen und in
167 Drittstaaten, unter der Bedingung, dass die Einhaltung der Vorgaben der Genfer
168 Flüchtlings- und der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht nur auf dem
169 Papier, sondern in der Praxis gewährleistet werden kann, dass Deutschland und
170 die EU ihre Zusagen zur Übernahme von Kontingenten – anders als oft in der
171 Vergangenheit – einhalten und auch bereit sind, legale Wege zur Zuwanderung in
172 die EU für diejenigen, die nach Ausbildung oder Arbeit suchen, zu eröffnen.

173 Nachbarstaaten in den Krisenregionen, die schon heute die größte Zahl an
174 Geflüchteten aufnehmen, müssen dauerhaft und verlässlich bei dieser Aufgabe
175 unterstützt und durch die Übernahme von Geflüchteten in die EU entlastet werden,
176 und zwar nach fairen Kriterien und nicht mehr in Abhängigkeit ihres
177 Erpressungspotenzials. Deutschland und die EU bleiben weiter in der
178 Verantwortung, international Entwicklung, Frieden und den Schutz der

179 Lebensgrundlagen zu unterstützen. Eine Umwidmung der Entwicklungs- und
180 humanitären Hilfe in die Finanzierung von Fluchtabwehr und erpresserischen
181 Regimen würde die internationale Lage weiter destabilisieren und die Probleme
182 verschärfen, anstatt sie zu lösen. Wenn es eine Lehre aus den Jahren vor 2015
183 gibt, dann die, dass Deutschland und die EU ihre internationale Verantwortung
184 nicht verdrängen dürfen.

185 **Offenheit braucht Sicherheit: Abschiebungen auf** 186 **Straftäter und Gefährder konzentrieren**

187 Europa ist auch deshalb Ziel vieler Menschen aus anderen Regionen, weil es eine
188 sichere Region mit einem starken Rechtsstaat und enormer gesellschaftlicher
189 Freiheit und Toleranz im weltweiten Vergleich ist. Die Werte der
190 Gleichberechtigung der Geschlechter, religiöser und politischer Toleranz und der
191 Gewaltfreiheit sind keine exklusiv europäischen Werte. Der arabische Frühling,
192 Auslöser der Fluchtbewegung nach Europa vor knapp zehn Jahren, oder der
193 opferreiche, mutige Kampf der Iranerinnen und Iraner gegen das Mullah-Regime
194 zeigen uns, dass sich weltweit viele Menschen über ganz unterschiedliche
195 Kulturen hinweg für diese Werte einsetzen.

196 Wenn westliche Gesellschaften weiterhin offene Gesellschaften bleiben wollen,
197 müssen sie jedoch auch wehrhaft sein gegen diejenigen, die diese Werte
198 bekämpfen. Die ungesteuerte Flucht nach Europa wurde auch vom IS missbraucht, um
199 Täter islamistischer Anschläge einzuschleusen. Sie wird missbraucht, um
200 Geflüchtete zu radikalieren. Sie bringt auch Menschen nach Europa, die für
201 ausländische Regimes arbeiten, oder Menschen, die in Gesellschaften mit einer
202 extrem patriarchalen Gesellschaftsordnung aufgewachsen sind und diese
203 Einstellung mitbringen.

204 Daraus entsteht eine Gefahr, vor der wir Geflüchtete genauso wie die ansässige
205 Bevölkerung schützen müssen.

206 Zum einen müssen wir uns dieser Gefahr stellen und in Prävention investieren.
207 Das setzt voraus, dass die Fluchtzuwanderung so geordnet wie möglich erfolgt.

208 Zum anderen müssen auf Radikalisierung, schwere Kriminalität und Gewalt schnelle
209 und klare Reaktionen erfolgen. Die Abschiebung von Gefährdern und Straftätern
210 ist richtig. Die von der Bundesregierung ermöglichten
211 Abschiebungserleichterungen müssen vor allem für die Beschleunigung der
212 Abschiebung dieser Personen genutzt werden. Wer stattdessen gut integrierte
213 Menschen ins Visier nimmt, die sich nichts haben zu Schulden kommen lassen, nur
214 um seine Statistik zu füllen, leistet der inneren Sicherheit und der Integration
215 einen Bärendienst.

216 **Geflüchtete einbeziehen in die Gestaltung der** 217 **Integration**

218 Die hohe Zuwanderung 2015/2016 liegt bald zehn Jahre zurück. Viele derjenigen,
219 die in dieser Zeit nach Deutschland gekommen sind, sind mittlerweile deutsche
220 Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Sie haben beruflich Fuß gefasst und wollen
221 Deutschland etwas zurückgeben.

222 Es ist an der Zeit, die Menschen nicht nur als Empfänger von Unterstützung zu
223 sehen, sondern als Bürgerinnen und Bürger, als Mitgestalter unseres Gemeinwesens
224 anzusprechen. Ob es um die Verhinderung von Radikalisierung oder um Wege zur
225 Erhöhung der Erwerbstätigkeit geflüchteter Frauen geht: Es ist an der Zeit, mit
226 den Geflüchteten nach Lösungen zu suchen, sie einzubinden in die Bewältigung der
227 Herausforderungen, sie zu ermutigen, sich in ihren Kommunen, in den Ländern und
228 im Bund einzubringen für ihre Communities und für das ganze Land.

weitere Antragsteller*innen

Fabian Hamak (KV Bad Kissingen); Dieter Janecek (KV München); Tatjana Splett (KV Würzburg-Land); Sebastian Schäfer (KV Esslingen); Doris Wagner (KV München); Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt); Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau); Maria Krieger (KV Kelheim); Christian Hartranft (KV München); Frank Wigger (KV Nürnberg-Stadt); Benjamin Adjei (KV München); Timur Ohloff (KV Berlin-Mitte); Chantal Kopf (KV Freiburg); Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte); Andreas Auer (KV Passau-Stadt); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte); Ophelia Nick (KV Mettmann); Constantin Jahn (KV Dillingen); Angelika Rütz (KV Main-Spessart); sowie 59 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.